

**Grundwassermodell für Landshut;
Antrag von StRin Elke März-Granda und StR Dr. Stefan Müller-Kroehling, ödp, Nr. 406
vom 06.06.2022**

Gremium:	Bausenat Umweltsenat	Öffentlichkeitsstatus:	öffentlich
Tagesordnungspunkt:	6	Zuständigkeit:	Tiefbauamt
Sitzungsdatum:	11.05.2023	Stadt Landshut, den	19.04.2023
Sitzungsnummer:	BS: 49 / US: 22	Ersteller:	Taglinger, Helmut

Vormerkung:

Das Tiefbauamt betreut bereits seit Jahrzehnten über 75 Grundwassermessstellen, die bis jetzt turnusmäßig von Hand gemessen und dokumentiert werden.

Im Moment werden diese Punkte vom städtischen Vermessungsamt eingemessen, so dass künftige Verbesserungsmöglichkeiten untersucht werden können. Ziel wäre es, die Messstellen Zug um Zug auf automatische Messung mit Fernübertragung umzurüsten.

Im Stadtgebiet gibt es außerdem 11 Grundwassermessstellen vom Wasserwirtschaftsamt Landshut, die bereits automatisch mit Fernübertragung betrieben werden und im Internet abrufbar sind.

Die Erstellung eines Grundwassermodells wird seit einiger Zeit in Betracht gezogen. Als Datengrundlage würden dafür neben den flächendeckenden Grundwasserständen auch vorhandenen Bodenverhältnisse benötigt. Bohrerergebnisse von Baugrunduntersuchungen könnten mit einfließen. Es ist ein 3-D-Modell nötig, weil die Schichten oft nicht durchgängig sind. Bereichsweise (z.B. im Zusammenhang mit Bebauungsplänen oder im Bereich der Wassergewinnung Siebensee) liegen in Landshut bereits Grundwassermodelle vor.

Antrag:

Die Stadt lässt alsbald von einem hydrogeologischen Fachbüro ein Grundwassermodell erstellen.

Das Modell wird bei allen zukünftigen Vorhaben angewandt, die in erheblichem Umfang Einfluss auf das Grundwasser nehmen können. U.a. wird das Modell mit allen vorhandenen kartografischen Informationen verschnitten, die Belastungen des Bodens identifiziert haben (Altlasten und Altlasten-Verdachtsflächen), um besonders sensible Bereiche für Eingriffe zu identifizieren.

Ebenfalls soll es genutzt werden für den vorbeugenden Schutz des Grundwassers und der Grundwasserneubildung, in Zeiten rückläufiger Grundwasserstände.

Zur Sachbehandlung des Antrags im Senat wird ein Sachverständiger des WWA Landshut gehört.

Stellungnahme der Verwaltung:

Für ein Grundwassermodell müsste mit einem geeigneten Büro ein Rahmenvertrag geschlossen werden. Die gewonnenen Informationen würden als Datengrundlage zur Bewertung der Ist-Situation und als Beurteilungsgrundlage für neue Vorhaben dienen. Jeder Bauträger wäre dann dazu verpflichtet, das vorhandene Basismodell für sein Vorhaben zu verwenden. Dadurch kann ein wesentlich aussagekräftigeres Ergebnis erzielt werden. Die Daten müssten allerdings laufend aktualisiert werden, wodurch auch entsprechende Folgekosten entstehen.

Die Grundwassersituation verbessert sich allerdings zunächst nicht durch ein Grundwassermodell. Es kann aber eine an die jeweilige GW-Situation angepasste Bauweise

erfolgen und außerdem sind bessere Rückschlüsse möglich, ob sich durch eine Maßnahme die Situation bei angrenzenden Grundstücken nachteilig verändert. Teilweise könnten auch die Auswirkungen von kontaminierten Böden auf umliegende Bereiche besser abgeschätzt werden. In den meisten Fällen sind hier aber trotzdem weitere Messstellen nötig.

Problematisch ist, dass für die Erstellung eines Grundwassermodells im gesamten Stadtgebiet wahrscheinlich sehr hohe Kosten entstehen (vermutlich erheblich höher als vergleichbar beim Konzept zum Sturzflutrisikomanagement). Eine Refinanzierung ist äußerst schwierig bzw. nicht möglich.

Das Wasserwirtschaftsamt Landshut hat nach einer Rückfrage das Vorhaben begrüßt und die Beratung bezüglich Grundwasser durch einen Hydrogeologen angeboten. Das Wasserwirtschaftsamt würde auch seine eigenen Messstellen zur Verfügung stellen. Eine Förderung für ein Grundwassermodell ist aber lt. Aussage des WWA Landshut im Moment nicht möglich.

Auch mit dem zuständigen Bearbeiter der Stadt Ingolstadt wurde Kontakt aufgenommen. Der Beschluss zur Erstellung eines Grundwassermodells erfolgte dort bereits vor mehr als 20 Jahren. Es sollten die Ursachen für starke Grundwasseranstiege in weiten Bereichen des Stadtgebiets ermittelt werden. Dabei spielten auch mehrere Baumaßnahmen (z.B. der Bau eines ICE-Tunnels) eine wesentliche Rolle. Die Untersuchungen waren sehr umfangreich und kostenintensiv.

Beschlussvorschlag:

1. Vom Bericht über die Möglichkeiten zur Erstellung eines flächendeckenden Grundwassermodells im gesamten Stadtgebiet wird Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, Verbesserungsmöglichkeiten zur laufenden Überwachung bzw. Aufzeichnung der Grundwasserstände im Stadtgebiet zu erarbeiten und unter Einbezug geeigneter Dienstleister die Voraussetzungen für die Erstellung eines flächendeckenden Grundwassermodells zu schaffen.
3. Wenn neue Erkenntnisse vorliegen, wird erneut über das Thema berichtet.

Anlage: Antrag Nr. 406 vom 06.06.2022